

*Manfred Rolfes*

## **Rechtsextremismus und Raum – Über die Potenziale und Tücken eines räumlichen Blicks<sup>1</sup>**

### **1. Einleitung**

Die Debatten um Rechtsextremismus beherrschen schon seit längerer Zeit die wissenschaftliche, politische und öffentliche Diskurslandschaft (vgl. Decker 2004, S. 39 ff.). Der Rechtsextremismus wird dabei von sehr unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen in den Blick genommen. In der *politikwissenschaftlichen Forschung* wird versucht, den Begriff bzw. das Phänomen zu fassen. Nach Stöss ist Rechtsextremismus, *ein Sammelbegriff für verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten* (Stöss 2005, S. 23). Etwas präziser ist die Definition von Jaschke. Er versteht unter Rechtsextremismus *die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht organisiert, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.* (Jaschke 2001, S. 30). Aus

---

<sup>1</sup> An diesem Beitrag und den zugrunde liegenden empirischen Erhebungen haben mitgewirkt: Dagmar Bode, Ute Dolezal, Katharina Mohring, Lukas Schliephake und Christina Uhl. Ihnen sei für ihre engagierte Unterstützung sehr herzlich gedankt.

einer *rechtswissenschaftlichen Perspektive* stehen Forschungsfragen wie die Verfassungsfeindlichkeit rechtsextremer Parteien, Fragen des Demonstrations- und Versammlungsrechts bei rechtsextremen Veranstaltungen oder verbesserte Möglichkeiten der Strafverfolgung von rechtsextremen Straftätern im Zentrum (vgl. die Beiträge in Friedrich-Ebert-Stiftung 2007). Die *sozialwissenschaftliche Forschung* fragt nach den gesellschaftlichen Ursachen und Hintergründen der Entstehung von Rechtsextremismus und nimmt den politischen und gesellschaftlichen Umgang mit Rechtsextremismus in den Fokus (vgl. hierzu das Kap. 2). In Folge oder parallel zu den wissenschaftlichen und öffentlichen Debatten gibt es zivilgesellschaftliche und politische Netzwerke, Aktionen und Vereinigungen, die sich der Demokratiestärkung und der Arbeit gegen rechtsextreme Einstellungen und Aktivitäten widmen (vgl. hierzu die Beiträge in Klärner/Kohlstruck 2006 und Schoeps u. a. 2007).

In diesem Beitrag wird nun aus einer *regionalwissenschaftlichen oder geographischen Perspektive* auf Rechtsextremismus geschaut. Dieser Blick zeichnet sich dadurch aus, dass Raumeinheiten und räumliche Bezüge als zentrale Beobachtungs- und Beschreibungskategorien von Rechtsextremismus dienen. Eines räumlichen Blicks bedient man sich allerdings nicht nur in den Regionalwissenschaften oder in der Geographie. Er findet sich auch in zahlreichen alltagsweltlichen, politischen und medialen Kontexten (vgl. Kap. 2). Dies ist nicht ungewöhnlich, denn schließlich bieten Verräumlichungen und Regionalisierungen sehr gute Bühnen zur Rekonstruktionen der gesellschaftlichen Realität und der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung (vgl. Redepenning 2004, S. 140). Die Potenziale und Tücken eines räumlichen Blicks auf Rechtsextremismus sollen in diesem Beitrag am Beispiel einer regionalwissenschaftlichen Analyse des rechtsextremen Wahlverhaltens im Land Brandenburg verdeutlicht werden.

Im Zuge der regionalwissenschaftlichen Analyse wurde versucht, das rechtsextreme Wahlverhalten bei den Kommunalwahlen 2008 in Brandenburg im Hinblick auf eventuelle begünstigende oder korrelierende regionale Rahmenbedingungen in den Gemeinden und Wahlbezirken in den Blick zu nehmen.<sup>2</sup> Auf der Ebene von Gemeinden und Wahlbezirken wurden regionale und lokale Muster des Abschneidens von DVU und NPD detailliert analysiert. Das Ziel dieser Analysen war es, auf Unterschiede und Parallelitäten zwischen räumlichen Mustern des Wahlverhaltens auf der einen und ausgewählten landesplanerischen, siedlungsstrukturellen, städtebaulichen und sozio-ökonomischen Raummerkmalen, der räumlichen Lage, des Siedlungstyps und rechtsextremer Aktivitäten auf der anderen Seite zu identifizieren. Darüber hinaus wurde ebenfalls über einen raumbezogenen Zugang das Engagement der Ministerien des Landes Brandenburg (z. B. in Form von Regional- oder Städtebauförderung) sowie das zivilgesellschaftliche Engagement (insbesondere über die Kontakte und Verantwortungsbereiche der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg) analysiert. Eine *quantitativ-statistische Analyse* stellte den Schwerpunkt der Untersuchung dar (vgl. Abschnitt 3.1). Darüber hinaus wurden in fünf ausgewählten Kommunen qualitative Fallstudien durchgeführt (vgl. Abschnitt 3.2). Diese qualitative Analyse sollte mögliche Anhaltspunkte zur Erklärung rechtsextremen Wahlverhaltens innerhalb von Kommunen liefern.

---

2 Die Studie wurde in den Jahren 2009 und 2010 beauftragt und unterstützt vom Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (heute teilweise zusammengelegt im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg), von der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg sowie von der Abteilung Verfassungsschutz im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg. Allen Partnern ist für ihre stets engagierte und kooperative Unterstützung zu danken.

## 2. Der räumliche Blick auf Rechtsextremismus

Die sozial- und politikwissenschaftliche Forschung setzt sich bereits seit mehreren Jahrzehnten mit der Analyse und Erklärung rechtsextremen Denkens, Verhaltens und rechtsextremer Wahlentscheidungen auseinander (vgl. Arzheimer 2007 und 2008; Decker u. a. 2006; Stöss 2005; Schubarth/Stöss 2001). Gerade in Bezug auf rechtsextremes Wählerverhalten ist zu betonen, dass *rechtsextremes Wahlverhalten (...) sowohl bei Bundestags-, als auch bei Landtags- und Kommunalwahlen regelmäßig hinter dem rechtsextremen Einstellungspotenzial zurück (bleibt). (...) Die rechtsextremen Parteien mobilisieren keineswegs alle ihre potenziellen Wählerinnen und Wähler* (Botsch 2007, S. 33). Somit befasst sich dieser Beitrag lediglich mit dem in dieser Form „sicht- und beobachtbaren“ Teil des Phänomens Rechtsextremismus.

Es gibt eine Reihe von theoretischen Ansätzen und empirischen Erkenntnissen, wie rechtsextreme Einstellungen und daraus resultierendes rechtsextremes Wahlverhalten erklärt werden könnten. Diese Ansätze basieren vor allem auf sozialisations-, kognitions- und integrationstheoretischen Überlegungen (vgl. Decker u. a. 2006, S. 14 ff.), haben also vornehmlich den sozialen, politischen und/oder ökonomischen Kontext im Fokus. Eine prominente Stellung erfahren dabei die Annahmen der (des-) integrationstheoretischen Arbeiten. Rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen werden bei diesem Ansatz zu einem erheblichen Anteil auf Erfahrungen mit Deprivationen, Entwertung, Ungleichheit oder Ungleichwertigkeit zurückgeführt (vgl. insbesondere Heitmeyer 2002). Rechtsextremismus gilt dann folgerichtig als ein Indikator für die Desintegration bestimmter Bevölkerungsgruppen, die sich z. B. als Modernisierungsverlierer oder Privilegienverteidiger verstehen (vgl. Jesse 2004, S. 11; Stöss 2004, S. 93). Diese Annahmen sind Teil allgegenwärtiger öffentlicher

Diskurse, werden von den Massenmedien vielfach in die Gesellschaft transportiert und rechtfertigen wiederum politische Entscheidungen. Sie dienen aber auch rechtsextremen Parteien als Grundlage für Parteiprogramme, die eine grundlegende Veränderung der Arbeitswelt im Zeichen einer zunehmenden Neoliberalisierung und eines ökonomischen, sozialen oder demographischen Wandels einfordern (vgl. Pfahl-Traugber 2004, S. 101 ff.).

Obwohl rechtsextremistisches Denken und Handeln aus der wissenschaftlichen Perspektive in erster Linie als ein soziales und politisches Phänomen verstanden und erklärt wird, tauchen in wissenschaftlichen Diskursen immer wieder räumliche Bezüge als Beschreibungs- und Analysekategorie von Rechtsextremismus auf (z. B. Schipper 2009; Stöss/Niedermayer 2007, S. 47 ff.; Decker u. a. 2006, S. 65 ff.; Jaschke 2001, S. 104 ff.). Und insbesondere in der öffentlichen und politischen Debatte bekommt der räumliche Blick auf Rechtsextremismus eine besondere Dominanz, da er einen schnellen und orientierenden Überblick gestattet. Im Mittelpunkt stehen dabei z. B. die räumlichen Unterschiede des rechtsextremen Wahlverhaltens und regionale Differenzierungen fremdenfeindlicher Einstellungen oder Gewalttaten.

Bei diesen regionalisierenden Diskursen dominiert *zum einen* die deutschlandweit sehr prägende Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland. Rechtsextremismus wird in Folge dieser Betrachtung zumeist zu einem ostdeutschen Problem kommuniziert. Auch in den wissenschaftlichen Diskussionen werden entlang dieser Ost-West-Unterschiede zahlreiche Analysen durchgeführt. Es lassen sich dazu drei Kernthesen finden. Die erste These geht von einer Konzentration des Rechtsextremismus auf „die neuen Länder“, „den Osten“ oder „Ostdeutschland“ aus (vgl. Ramelsberger 2005; Staud 2007 und 2008; Wagner 2000). In der zweiten These wird von einer Verlagerung des Rechtsextremismus von West nach Ost ausgegangen (vgl. Stöss 2005). Die dritte These

sieht eine unterschiedliche Qualität des Rechtsextremismus in Ost und West (vgl. Pfahl-Traughber 2000, Kraske/Werner 2007, Borstel 2008, Decker et al. 2006). Eine räumlich angelegte Studie von Decker/Brähler 2008 greift die Ost-West-Differenz auf, negiert die Zuschreibung als reines Ostproblem und fordert in der Konsequenz eine regional differenzierte Analyse und verbleibt damit aber in der räumlichen Denk- und Erklärungskategorie. Darüber hinaus ist die Ost-West-Differenz generell in Statistiken und Berichten ein oft bedientes Schema. Beispielsweise wird in den Periodischen Sicherheitsberichten des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums der Justiz (2006 und 2001) die „Politisch motivierte Kriminalität“ entlang einer Ost/West-Differenzierung dargestellt. Über diesen räumlichen Blick wird dann eine inhaltliche Kausalität zwischen einerseits dem Ausmaß fremdenfeindlicher und rechtsextremer Straftaten und Einstellungen und andererseits der Stärke bzw. Schwäche der regionalen Wirtschaftsstruktur hergestellt.

*Zum zweiten* werden auch auf einer kleinräumigeren Ebene raumbezogene Beobachtungen und Kausalitäten thematisiert. So werden rechtsextreme Einstellungen insbesondere in benachteiligten Stadtteilen, den sozialen Problemgebieten der Großstädte bzw. in großstädtischen Ballungszentren ausgemacht (vgl. Jaschke 2001, S. 104f.). Für die ostdeutschen Regionen und das Land Brandenburg zählen auch ländliche oder periphere Regionen zu den von Rechtsextremismus bedrohten Räumen (vgl. für das Land Brandenburg: Hülsemann 2007, S. 54 ff.; Stöss/Niedermayer, 2007, S. 48 f.). Als räumlich-kausale Erklärungshintergründe werden neben desintegrationstheoretischen Überlegungen auch Entpolitisierungsprozesse in den ländlichen Kommunen und zivilgesellschaftliche Defizite herangezogen.

Meistens werden diese räumlichen Beobachtungsmuster über die deprivations- oder desintegrationstheoretische Argumentations-

linien erklärt (vgl. Schipper 2009; Wilking 2007, S. 91 ff.; Jaschke, 2001, S. 108 f.). Soziale Ungleichheit und sozio-ökonomische Benachteiligung lässt sich regional differenziert beobachten und darstellen. Über diese Variable wird dann auf rechtsextreme Einstellungen und rechtsextremes Wahlverhalten geschlossen, generalisiert und Kausalität nahe gelegt. Soziales und Rechtsextremismus kann zwar räumlich dargestellt und beobachtet werden, Räumliches oder die soziale bzw. politische Struktur von etwas Räumlichem eignen sich aber nicht, um die räumlichen Muster rechtsextremer Einstellungen oder rechtsextremen Verhaltens hinreichend zu erklären (vgl. Mohring u. a. 2010). Insbesondere kann davon ausgegangen werden, und dies zeigen u. a. die Visualisierungen von Schipper (2009) sehr deutlich, dass *die kartographische Darstellung in mehrfacher Hinsicht ... keine „objektive Beschreibung der Verbreitung rechtsextremer Ideologie und Gewalt [ist].* (Schipper 2009).

Der „Raum“ oder die „Struktur des Raumes“ bietet zunächst wenig Substantielles, um Soziales oder Politisches zu erklären. Dies ist in der Humangeographie eine akzeptierte Erkenntnis. Gleichwohl ist die räumliche Ebene eine Kernkategorie politischen, planerischen und zivilgesellschaftlichen Handelns. Gebietskörperschaften oder Planungsgemeinschaften operieren räumlich. Oft tun sie dies auf der Basis der Auswertung von räumlich erfassten und räumlich codierten sozialen Informationen. Auch deshalb orientiert sich politisches Handeln an Administrativräumen.

Gerade das Land Brandenburg erweist sich im Hinblick auf *Aktivitäten und Präventionen gegen den Rechtsextremismus* auf der Grundlage des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ als sehr aktiv (vgl. Kleger 2007, S. 165 ff.). Die Interventionen und Präventionsmaßnahmen werden in der Regel über einen raumbezogenen Zugang (über öffentliche oder zivilgesellschaftliche Akteur/innen in den Kommunen) implementiert (vgl. die Lokalen Aktionsbündnisse, die Mobilen Beratungsteams oder

Regionalen Arbeitsstellen; siehe Karte 1). Insofern ist der räumliche Blick und die räumliche Analyse auch im Rahmen dieser Studie relevant, da mit den empirischen Resultaten (administrativ-) räumliche Handlungs- und Politikkontexte bedient werden.

**Karte 1:** Regionale Interventionen und Aktionen gegen Rechtsextremismus im Land Brandenburg (Stand: Mai 2009)



Quelle: Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ - Arbeitskarte, Stand Mai 2009  
 Grafik: Universität Potsdam - Institut für Geographie - U. Dolezal, 2009



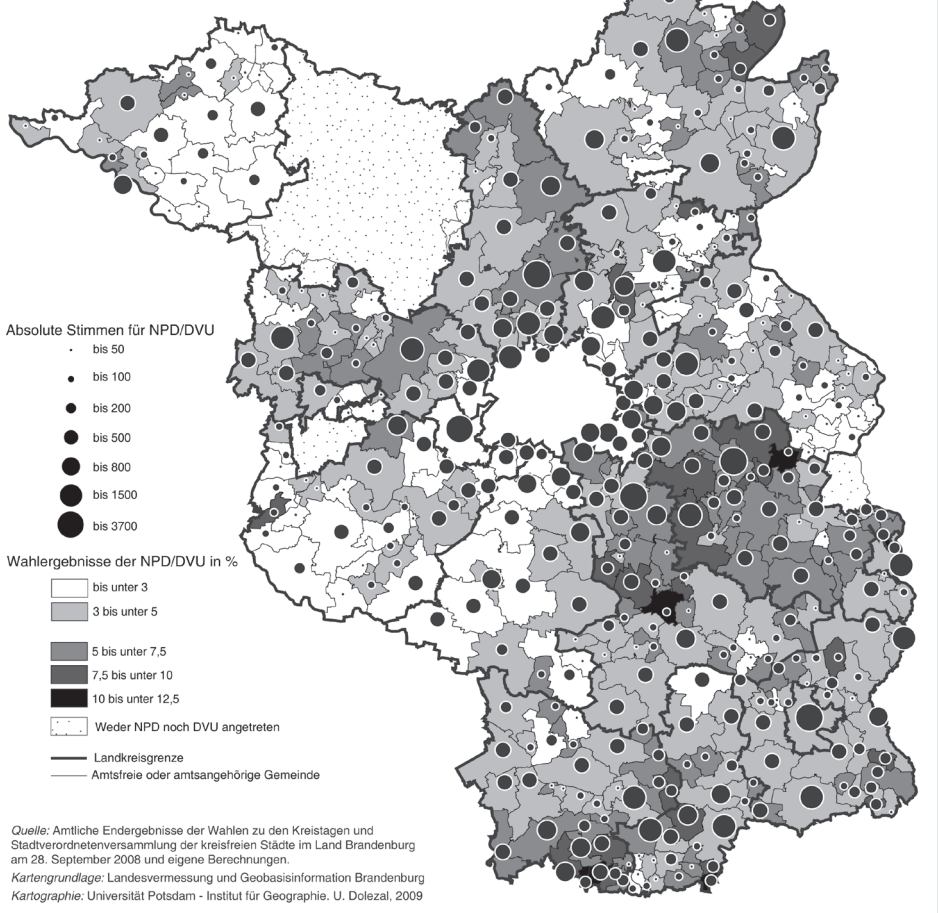
### 3. Ergebnisse der regionalwissenschaftlichen Analyse zum Wahlverhalten

#### *3.1 Quantitativ-regionalstatistische Analyse: Kaum Zusammenhänge*

Die Analyse der Wahldaten der Kommunalwahlen 2008 im Land Brandenburg lieferte *zum einen* Hinweise auf regionale Muster der Stimmenverteilung für die rechtsextremen Parteien (vgl. Karte 2). Betrachtet man die prozentualen Stimmanteile der rechtsextremen Parteien (Graustufen) so wird deutlich, dass die Anteile insbesondere in den Landkreisen Oder-Spree und Dahme-Spreewald, im südlichen Landkreis Elbe-Elster sowie in Teilen der Landkreise Havelland und Uckermark auffällig höher ausfallen. Da ein prozentual hoher Anteil an Stimmen nicht zwangsläufig mit einer großen Anzahl an rechtsextremen Wählern/innen einhergeht, sind in der Karte 2 auch die absoluten Stimmanteile der rechtsextremen Parteien (dunkle Kreise) in den Gemeinden mit bewertet werden. Hier verzeichnen erwartungsgemäß die im Vergleich zum Brandenburger Landesdurchschnitt bevölkerungsreichen Suburbanisierungsregionen um Berlin ein überdurchschnittlich hohes absolutes Stimmenvorkommen für die rechtsextremen Parteien. Hohe absolute Zahlen lassen sich darüber hinaus im südlichen Teil Brandenburgs – in den Landkreisen Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz – sowie in den Landkreisen Oder-Spree und Dahme-Spreewald beobachten.

*Zum Zweiten* wurden weitere, überwiegend aus der aktuellen Rechtsextremismus-Forschung entlehnte Hypothesen zur Entstehung rechtsextremen (Wahl-)Verhaltens überprüft. Hierzu wurden sozio-ökonomische Strukturdaten und z.B. Merkmale der städtebaulichen Förderpolitik, der Regionalförderung sowie der Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsstruktur genutzt. Ohne im Detail

**Karte 2:** Ergebnisse der Kommunalwahl 2008 im Land Brandenburg (Kreistagswahl) – Wahlergebnisse der NPD/DVU auf Gemeindeebene



auf alle Resultate dieser Analysen eingehen zu können war festzustellen, dass sich auf der räumlichen Ebene der Kommunen keine deutlichen inhaltlichen Zusammenhänge nachweisen ließen. Lediglich einige wenige, auf den ersten Blick plausible

Erkenntnisse wurden deutlich: Beispielsweise zeigte sich eine Erhöhung der Wahlbeteiligung, wenn (Splitter-)Parteien mit lokalen Themen und Problemfeldern zur Wahl antraten. In Teilen wurde auch der desintegrationstheoretische Ansatz bestätigt: In Kommunen mit einer höheren Arbeitslosigkeit in bestimmten Altersgruppen hatte zumindest die DVU höhere Anteile an den Wählerstimmen zu verzeichnen. Bei der NPD war der Zusammenhang negativ. Erwähnenswert ist der Umstand, dass in einigen Kommunen eine deutlich niedrigere Wahlbeteiligung registriert wurde, wenn rechtsextreme parteipolitische Aktivitäten oder Szeneaktivitäten festgestellt worden sind. Zwischen diesen rechtsextremen Aktivitäten und dem rechtsextremen Wahlverhalten gab es gleichwohl keine Korrelation. Zudem zeigte sich, dass in Berlin fernen, eher ländlich geprägten Kommunen der Stimmenanteil für rechtsextreme Parteien gut einen Prozentpunkt höher lag als in eher städtischen Kommunen im engeren Verflechtungsraum. Bei all diesen sehr geringen Zusammenhängen und Differenzen erscheint jede Form einer inhaltlichen Interpretation dieser Ergebnisse sehr gewagt.

Auch bei vielen weiteren Versuchen, inhaltliche Zusammenhänge zwischen den Wahlergebnissen der rechtsextremen Parteien und sozio-ökonomischen, lagebezogenen oder infrastrukturellen Indikatoren herzustellen, konnten keine signifikanten Ergebnisse erzielt werden – auch nicht auf der Ebene der Wahlbezirke. Im Hinblick auf die Wahlentscheidungen in Land Brandenburg liefert demnach eine ausschließlich regionalwissenschaftlich-quantitative Analyse keine Anhaltspunkte dafür, inwieweit aus sozio-ökonomischen Strukturmerkmalen von Räumen Rückschlüsse auf räumliche Muster rechtsextremen Wahlverhaltens ableitbar sind. Vielmehr deutet sich an, dass sich die räumlichen Muster rechtsextremen Wahlverhaltens auf eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Ursachenkontexte zurückführen lassen, die auf einer räumlichen

Ebene komplex, unsystematisch und „chaotisch“ zusammenwirken. Der räumliche Blick eignet sich daher nicht als Ausgangspunkt für eine Aufarbeitung dieser Ursachenkontexte. Es werden zwar mögliche Kausalitäten nahe gelegt, diese lassen sich aber regionalstatistisch nicht nachweisen.

### 3.2 Qualitative Einzelfallstudien

Nachdem auf der Landesebene keine verwertbaren räumlichen Zusammenhänge ermittelt werden konnten, sollte im zweiten Teil der Analyse auf der Gemeindeebene versucht werden, kleinräumliche Muster des Wahlverhaltens zu analysieren. Zu diesem Zweck wurden fünf möglichst unterschiedliche Brandenburger Kommunen ausgewählt (Lage zu Berlin, Größe, Einwohnerzahl, Siedlungsstruktur, rechtsextreme Aktivitäten, Ausmaß des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus) (vgl. Tab. 1). In den fünf Kommunen wurden insgesamt 14 Experten/innengespräche mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft geführt.

In allen untersuchten Gemeinden wurden bereits Erfahrungen mit rechtsextremen Aktivitäten gemacht. Diese Erfahrungen gingen teilweise einher mit dem Vorhandensein einer aktiven

<b>Tab. 1:</b> Merkmale und Lage der fünf Einzelfallstudien		
	<b>Eher städtisch geprägt</b>	<b>Eher ländlich geprägt</b>
<b>Berlin-nah (engerer Verflechtungsraum)</b>	Stadt im LK Oberhavel	Gemeinde im LK Oder-Spree
<b>Berlin-fern (äußerer Entwicklungsraum)</b>	Stadt im LK Oberspreew.-Lausitz, Stadt im LK Uckermark	Gemeinde im LK Elbe-Elster

rechtsextremen Szene sowie parteipolitischen Aktionen oder der Präsenz rechtsextremer Parteien. Auf die rechtsextremen Aktivitäten gab es in den Kommunen deutlich unterschiedliche Reaktionen. In allen Gemeinden bildete sich nach Auskunft der Experten/innen eine aktive zivilgesellschaftliche Front gegen den Rechtsextremismus, die in der Regel eine sehr gute Unterstützung durch landeseigene Präventionsprogramme und -maßnahmen sowie überwiegend auch durch lokale Politik und Verwaltung erfuhr. Allerdings wurde von den zivilgesellschaftlichen Akteuren/innen in Einzelfällen auch eine nur halbherzige Unterstützung durch die lokale Politik beklagt sowie ein Verharmlosen oder Ignorieren rechtsextremer Problemfelder seitens der kommunalen Politiker kritisiert. Diese Zurückhaltung erschien aus Sicht der befragten kommunalpolitisch Verantwortlichen in Teilen nachvollziehbar (z. B. aufgrund der komplexen kommunalpolitischen Herausforderungen und Problemlagen, keine weiteren Bühnen für rechtsextreme Aktivitäten schaffen). Sie führte jedoch bei zivilgesellschaftlichen Akteuren/innen zu Irritationen. Als ausgesprochen problematisch wurden in den Interviews solche Fälle geschildert, bei denen Vertreter/innen der kommunalen Politik keine scharfen Grenzen zu rechtsextremen Aktivisten/innen und Aktionen erkennen ließen. Das Fehlen einer sichtbaren politischen Front der etablierten Parteien gegen Rechtsextremismus erschwerte aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Akteuren/innen nicht nur die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus. Dadurch würde möglicherweise ein kommunalpolitisches Mikroklima unterstützt bzw. gefördert, in dem rechtsextreme Einstellungen und rechtsextremes Gedankengut in der politischen Diskussion schnell Fuß zu fassen vermochten oder womöglich erst gar nicht eingedämmt werden könnten.

In den Interviews wurden zudem Hinweise gegeben, wie kleinräumige Muster des rechtsextremen Wahlverhaltens in den

untersuchten Kommunen erklärt und interpretiert wurden. Drei Aspekte standen dabei im Mittelpunkt:

- Bei den Befragten war der desintegrationstheoretische Ansatz als Erklärung für rechtsextremes Wahlverhalten weit verbreitet. In einigen der befragten Kommunen wurden Wahlbezirke mit hohen Anteilen rechtsextremer Wähler/innenstimmen häufig als die sozial benachteiligten Quartiere der Kommune bezeichnet. In diesen sozial segregierten Stadtteilen, in denen z. B. die Arbeitslosigkeit besonders hoch war und in denen zahlreiche Empfänger/innen staatlicher Transferleistungen erwartet wurden, vermuteten die Experten/innen eine wachsenden Politikverdrossenheit, die sich dann teilweise in einer niedrigen Wahlbeteiligung oder auch in einer Wahlentscheidung für rechtsextreme Parteien niederschlagen könnte. Verallgemeinert werden konnten diese Ergebnisse nicht.
- Ein weiterer, häufig genannter Interpretationshintergrund für rechtsextremes Wahlverhalten in bestimmten Wahlbezirken waren explizit beobachtbare rechtsextreme Aktivitäten. Es wurden einige Fälle genannt, in denen Einzelpersonen oder die rechtsextreme Szene in Wahlbezirken besonders aktiv waren und sich dies dann auch in Wählerstimmen auszuzahlen schien. Offenbar ist es also einigen Rechtsextremist/innen gelungen, in ihrem sozialen Nahfeld eine entsprechende Überzeugungsarbeit zu leisten. Jedoch folgten nicht überall, wo rechtsextreme Aktivitäten beobachtet wurden, auch entsprechende Wahlerfolge. Vielfach aktivierten die rechtsextremen „Erfolge“ auch erhebliche zivilgesellschaftliche und staatliche Gegenaktionen.
- Schließlich konnte bei der Vor-Ort-Begehung in den Kommunen in Einzelfällen festgestellt werden, dass einige der rechtsextrem auffälligen Wahlbezirke in sozialer, räumlicher,

symbolischer und städtebaulicher Hinsicht exkludiert lagen. Häufig waren diese Stadtteile durch Verkehrsachsen oder landschaftlichen Grenzen vom restlichen kommunalen Siedlungskörper abgeschnitten oder lagen außerhalb des eigentlichen Stadt- oder Ortskerns. Auch dieses Merkmal kann natürlich nicht auf alle vergleichbaren, städtebaulich unzureichend oder nicht integrierten Stadt- oder Ortsteile übertragen werden. Gleichwohl deutet sich an, dass möglicherweise eine gewisse soziale Geschlossenheit ein rechtsextremes Wahlverhalten zu begünstigen scheint. Es gab aber eben auch eine Vielzahl von Beispielen, wo in „normalen“ und gut angelegten Einfamilienhaussiedlungen ein überdurchschnittlich hoher Anteil rechtsextremer Stimmen abgegeben wurden.

#### **4. Fazit und Konsequenzen**

Die durchgeführte Wahlanalyse und die Einzelfallstudien haben gezeigt, dass – insbesondere bei Kombination der Erkenntnisse aus der quantitativ-statistischen Analyse und den qualitativen Einzelfallstudien – *soziale Desintegration und rechtsextremes Wahlverhalten* auf der räumlichen Beobachtungsebene immer mal wieder zusammenfallen können. So gab es gerade in den Einzelfallstudien einige Beispiele dafür, dass Stadtteile, Dörfer und Wahlbezirke, in denen soziale, politische und ökonomische Desintegrationstendenzen feststellbar waren oder vermutet wurden, sich einerseits durch eine geringe Wahlbeteiligung und andererseits aber auch durch überdurchschnittliche Anzahlen und Anteile an rechtsextremen Wähler/innenstimmen auszeichneten. Auf einer räumlichen Beobachtungsebene fallen teilweise auch solche Wahlbezirke durch hohe rechtsextreme Stimmenanteile auf, in denen rechtsextrem eingestellte Personen oder Gruppen aktiv waren.

Zusätzlich gab es auch Anzeichen dafür, dass eine Zurückhaltung lokaler politischer Entscheidungsträger bei der Unterstützung von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus ein Milieu befördern könnte, dass rechtsextremes Denken und Handeln begünstigt. Gleichwohl erwiesen sich alle diese Erkenntnisse und Zusammenhänge als nicht generalisierbar.

Trotz dieser Tendenzen scheint jedoch ein raumbezogener analytischer Zugang insgesamt wenig geeignet, leicht einseh- und umsetzbare Ansatzpunkte für Interventionen und Präventionen gegen Rechtsextremismus anzubieten. Viele raumbezogen argumentierende Pauschalierungen, die in öffentlichen und alltagsweltlichen Diskursen um den Rechtsextremismus weit verbreitet sind, konnten durch diese Studie nicht gestärkt werden. So zeigten sich beim rechtsextremen Wahlverhalten nur kleinere Unterschiede zwischen ländlich geprägten und städtisch geprägten Räumen. Auch konnten abgelegene Dörfer, periphere Regionen oder sozial benachteiligte Plattenbaugebiete nicht pauschal als rechtsextreme Konzentrationspunkte und Aktionsräume identifiziert werden. Teilweise etablierten sich gerade in rechtsextremen „Erfolgsräumen“ erhebliche und bemerkenswert intensive zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement bedarf allerdings auch weiterhin einer deutlichen ideellen und finanziellen Unterstützung. Diese Unterstützung ist auf kommunalpolitischer Ebene offenbar in der überwiegenden Mehrzahl aller Kommunen sichergestellt, trifft auf einige Gemeinden jedoch nur teilweise zu.

Aus einer präventions- und anwendungsbezogenen Perspektive könnte allerdings resümiert werden, dass im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Einzelfällen „Problemgebiete“ definierbar sind. Das wären z. B. sozial benachteiligte Stadtteile, peripher gelegene Regionen oder Stadtteile mit geringen zivilgesellschaftlichen Potenzialen, Kommunen mit



geringer Wahlbeteiligung oder Gemeinden mit einem geringen politischen Engagement gegen Rechtsextremismus.

Das *Potenzial* eines regionalwissenschaftlichen Untersuchungsansatzes liegt somit darin, dass für eine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und Präventionsmaßnahmen scheinbar räumlich fixierbare Interventionspunkte (Problemgebiete mit vulnerablen Sozialmilieus) identifiziert werden können. Der raumbezogene Analyseansatz kommt der Handlungslogik der lokal und regional agierenden Verwaltungen und Akteure entgegen und ist somit dort sehr gut anschlussfähig. Auch tragen rechtsextreme „Erfolgsräume“ dazu bei, in diesen Räumen zivilgesellschaftlichen Widerstand zu mobilisieren.

Die *Tücken* des regionalwissenschaftlichen Analyseansatzes sind aber ebenfalls unübersehbar. Zum einen können die so genannten „rechtsextremen Räume“ nicht pauschal und durchgängig als „Verursacher“ von Rechtsextremismus identifiziert werden. Der räumliche Blick verleitet hierbei zu einer Simplifizierung und Homogenisierung komplexer sozialer Problemlagen. Und da die Ursachen der Entstehung rechtsextremen Problemgebiete nicht klar identifiziert und voneinander isoliert werden können, sind die präventiven Interventionen möglicherweise nicht hinreichend zielgenau. Zum Zweiten können durch schnell um sich greifende Negativ-Stigmatisierungen der rechtsextremen Problemgebiete die bestehenden Segregationstendenzen und Stigmatisierungen verstärkt werden. Drittens verdeckt der räumliche Blick den entterritorialisierten Netzwerk-Charakter der rechtsextremen Parteien und Bewegungen. Der Rechtsextremismus erscheint räumlich begrenzt und tritt offenbar dort nicht auf, wo er nicht räumlich beobachtbar ist. Durch eine Verortung des Rechtsextremismusproblems wird es „scheinbar“ bearbeitbar gemacht. Die auf lokaler Ebene stattfindenden Maßnahmen und Interventionen lenken davon ab, dass der Rechtsextremismus zum Beispiel aus

einer politik- und sozialwissenschaftlicher Perspektive in erster Linie als ein unräumliches und soziales Phänomen der „Mitte der Gesellschaft“ gesehen wird (vgl. Decker u. a. 2006 und 2008). Rechtsextremismus kann nicht als ein Problem einzelner Räume verstanden werden, sondern ist eine Herausforderung der gesamten Gesellschaft.

## Literatur

- Arzheimer, Kai 2008: Die Wähler der Extremen Rechten, 1980–2002, Wiesbaden.
- Arzheimer, Kai 2007: Wahl extremer Parteien, in: Rattinger, Hans et al. (Hg.): Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden, S. 67–86.
- Borstel, Dirk 2008: Vorbild Ostdeutschland? Westdeutscher Rechtsextremismus im Wandel. Das Beispiel Westpfalz, in: Heitmeyer, Wolfgang (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 6, Frankfurt a. M., S. 262–270.
- Botsch, Gideon 2007: Was ist Rechtsextremismus? Definitionen, Problemdimensionen und Erscheinungsformen, in: Schoeps, Julius H. et al. (Hg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, Berlin, S. 31–46.
- Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz 2001: Erster Periodischer Sicherheitsbericht, [http://www.bka.de/lageberichte/ps/psb\\_langfassung.pdf](http://www.bka.de/lageberichte/ps/psb_langfassung.pdf) (Abfrage v. 9. 4. 2010).
- Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz 2006: Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, [http://www.bka.de/lageberichte/ps/psb2\\_langfassung.pdf](http://www.bka.de/lageberichte/ps/psb2_langfassung.pdf) (Abfrage v. 9. 4. 2010).
- Decker, Frank 2004: Der neue Rechtspopulismus, Opladen.
- Decker, Oliver et al. 2006: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

- Decker, Oliver et al. 2008: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechts-extremer und demokratischer Einstellungen, hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) 2007: Der Aufstand der Zuständigen. Was kann der Rechtsstaat gegen Rechtsextremismus tun?, Berlin.
- Hülsemann, Wolfram 2007: Eigene Wege. Demokratische Optionen bei rechtsextremen Entwicklungen im ländlichen Raum, in: *perspektive21*, Dezember 2007, S. 53–60.
- Heitmeyer, Wolfgang 2002: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, in: Heitmeyer, Wolfgang (Hg.): *Deutsche Zustände*, Bd. 1, Frankfurt a. M., S. 13–34.
- Jaschke, Hans-Gerd 2001: *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, Wiesbaden.
- Jesse, Eckhard 2004: Formen des politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hg.): *Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme*, (= Texte zur Inneren Sicherheit), S. 7–24.
- Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.) 2006: *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, (= Schriftenreihe Bd. 555).
- Kleger, Heinz 2007: ‚Tolerantes Brandenburg‘ – staatliche und nicht-staatliche Handlungschancen, in: Schoeps, Julius H. et al. (Hg.): *Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention*, Berlin, S. 165–171.
- Kraske, Michael/Werner, Christian: ... und morgen das ganze Land. Neue Nazis, „befreite Zonen“ und die tägliche Angst – ein Insiderbericht, Freiburg.
- Mohring, Katharina/Pott, Andreas/Rolfes, Manfred 2010: No-Go-Areas in Ostdeutschland. Zur Konstruktion unsicherer Räume durch die Massenmedien, in: Egner, Heike/Pott, Andreas (Hg.): *Geographische Risikoforschung. Zur Konstruktion verräumlichter Risiken und Sicherheiten*, Stuttgart, (= *Erdkundliches Wissen* 147), S. 151–167.
- Pfahl-Traughber, Armin 2004: Droht die Herausbildung einer Antiglobalisierungsbewegung von rechtsextremistischer Seite? Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus, in: Bundes-

- ministerium des Innern (Hg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, (= Texte zur Inneren Sicherheit), S. 98–135.
- Pfahl-Traugher, Armin 2000: Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39 (2000), S. 3–14.
- Ramelsberger, Annette 2005: Erkundungen in Ostdeutschland. Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 42 (2005), S. 3–8.
- Redepenning, Marc 2004: Wozu welches ‚System‘ in welcher Form von Geographie?, in: Hallesches Jahrbuch, Reihe A: Geographie und Geoökologie, Bd. 26, S. 131–144.
- Schipper, Sebastian 2009: Rechte Ideologie und Gewalt in Deutschland, in: Nationalatlas aktuell, H. 6, Jg. 7 (2009), online unter: <http://aktuell.nationalatlas.de/> (Abfrage v. 2. 7. 2009).
- Schoeps, Julius H./Botsch, Gideon/Kopke, Christoph/Rensmann, Lars (Hg.) 2007: Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, Berlin.
- Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hg.) 2001: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Olpaden.
- Staud, Toralf 2008: Unterwegs in der faschisierten Provinz. Erlebnisse einer Lesereise, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 6, Frankfurt a. M., S. 282–287.
- Staud, Toralf 2007: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln.
- Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar 2007: Rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg, in: Schoeps, Julius H. et al. (Hg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin, S. 47–58.
- Stöss, Richard 2005: Rechtsextremismus im Wandel, hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Stöss, Richard 2004: Globalisierung und rechtsextreme Einstellungen, in: Bundesministerium des Innern (Hg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin (= Texte zur Inneren Sicherheit), S. 82–97.

- Wagner, Bernd 2000: Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den neuen Bundesländern, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 39* (2000), S. 30–39.
- Willing, Dirk 2007: Milieus des Rechtsextremismus. Organisation und Gesellungen in Brandenburg, in: Schoeps, Julius H. et al. (Hg.): *Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention*, Berlin, S. 90–102.